

3. Rechtsstaatsprinzip

Mit ihrer Einstellung, politische Ziele gewaltsam zu verfolgen, setzen sich gewaltorientierte Linksextremist:innen über das Gewaltmonopol des Staates und den Grundkonsens demokratischer Verfassungsstaaten hinweg, gesellschaftspolitische Veränderungen ausschließlich auf demokratischem Wege herbeizuführen.

Zur Durchsetzung ihrer Ziele propagieren Linksextremist:innen die Anwendung von Gewalt gegen Sachen aber auch gegen Personen, wie bspw. Polizeibeamt:innen oder politische Gegner. Gewalt wird als legitimes Mittel angesehen, als Mittel der „Unterdrückten gegen die Herrschenden“. Die Ausübung von Gewalt wird somit als Notwehr gegen den Repressionsdruck des kapitalistischen Staates verklärt und gerechtfertigt.

Wie versuchen Linksextremist:innen neue Mitglieder zu gewinnen?

Für jüngere Menschen besitzt der Linksextremismus durch das Versprechen einer „idealen Welt“ jenseits von Unterdrückung und Ausbeutung eine besonders hohe Anziehungskraft. Vielfach bringen sich Linksextremist:innen in legitime und gesellschaftlich relevante demokratische Protestbewegungen ein und beteiligen sich in bürgerlich-demokratischen Bündnissen, um zivilgesellschaftliche Proteste in ihrem Sinne zu radikalisieren und ihre politischen Vorstellungen in die Gesellschaft zu tragen.



Aufkleber der linksextremistischen Szene

Was mache ich, wenn sich jemand in meiner Umgebung möglicherweise radikalisiert?

Verdächtige Wahrnehmungen können dem Landesamt für Verfassungsschutz Bremen (LfV) über die E-Mail-Adresse

office@lfv.bremen.de

mitgeteilt werden.

Selbstverständlich können Ihre Hinweise auch vertraulich behandelt werden. Der Verfassungsschutz unterliegt, anders als Polizei und Staatsanwaltschaft, keinem Strafverfolgungszwang.

Das LfV arbeitet eng mit den bremischen Präventionsangeboten im Kontext von Extremismus zusammen und kann bei Bedarf weitervermitteln.

Wo finde ich weiterführende Informationen zum Thema Linksextremismus?

Detaillierte Informationen finden sich im Bremer Verfassungsschutzbericht unter:

www.verfassungsschutz.bremen.de

Des Weiteren steht das Landesamt für Verfassungsschutz für Rückfragen und Vortragsanfragen unter folgenden Kontaktdaten zur Verfügung:

Telefon: **0421 53 77-0**

E-Mail: office@lfv.bremen.de

V.i.S.d.P.:

Der Senator für Inneres und Sport
Landesamt für Verfassungsschutz
Contrescarpe 22-24
28203 Bremen

Fotos: LfV, picture alliance

Druck: AlsterWerk MedienService GmbH, Hamburg



LINKSEXTREMISMUS

THEMENHEFT VOM LANDESAMT
FÜR VERFASSUNGSSCHUTZ

Was ist Linksextremismus?

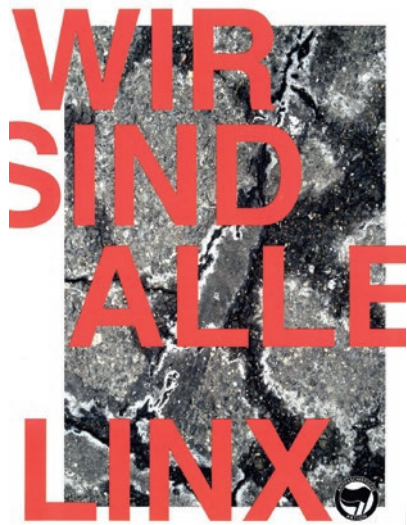
Linksextremismus wird definiert als ein Sammelbegriff für Bestrebungen, die in ihrer Forderung nach sozialer Gleichheit die Normen und Regeln des modernen demokratischen Verfassungsstaates ablehnen.

Linksextremist:innen eint das Ziel der **Überwindung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung** und der **Errichtung eines herrschaftsfreien oder kommunistischen Systems**. Gewalt zur Durchsetzung der politischen Ziele wird dabei als legitim und unverzichtbar angesehen.

Welche Strömungen gibt es im Linksextremismus?

Dogmatische Kommunist:innen streben die Überwindung des politischen Systems und die Errichtung einer klassenlosen Gesellschaft über eine Diktatur des Proletariats unter Führung einer „proletarischen Avantgarde“ an.

Anarchist:innen, Antimperialist:innen und **Autonome** zielen auf die Abschaffung jeglicher Form von „Herrschaftsstrukturen“ ab. Sie beziehen sich ideologisch vor allem auf anarchistische und kommunistische Theoriefragmente, wobei ihre ideologischen Vorstellungen insgesamt diffus bleiben.



Logo der linksextremistischen Kampagne „Wir sind alle LinX!“

Gewaltorientierung / „Militante Aktionen“

Gewaltorientierte Linksextremist:innen befürworten zur Durchsetzung ihrer politischen Forderungen die **Anwendung von Gewalt** gegen den Staat, seine Einrichtungen und Repräsentant:innen sowie gegen (vermeintlich) rechtsextremistische Strukturen und Personen. Gewalt wird häufig mit der von Staat und Gesellschaft ausgehenden „strukturellen Gewalt“ gerechtfertigt. Gewalt dient dabei als Mittel zur **Bekämpfung des „staatlichen Repressionsapparates“** und als **identitätsstiftendes Element**.



Aufkleber mit linksextremistischem Szenecode „161“, der für „antifaschistische Aktion“ steht

Zur gewaltorientierten linksextremistischen Szene zählen nicht nur Personen und Gruppierungen, die selbst **gewalttätig handeln** oder **gewaltbereit** gegen ihre „politischen Gegner“ vorgehen, sondern ebenso diejenigen, die **Gewalt unterstützen** oder **Gewalt befürworten**.

Ausdruck der Gewaltorientierung bilden neben der **konfrontativen Gewalt** die „**militanten Aktionen**“ in Form von Sachbeschädigungen und Brandanschlägen, welche von konspirativ agierenden Kleingruppen zumeist nachts durchgeführt werden. Diese gezielten und geplanten Anschläge sollen eine Signalwirkung durch mediale Resonanz entfalten und die betroffenen Institutionen oder Personen zu einer Verhaltensänderung nötigen.

Was genau ist die „freiheitliche demokratische Grundordnung“ und inwiefern verstößt der Linksextremismus dagegen?

Die im **Grundgesetz** verankerte freiheitliche demokratische Grundordnung (FDGO) umfasst die zentralen, für den demokratischen Verfassungsstaat konstituierenden Grundprinzipien. Hierzu gehören die Garantie der Menschenwürde, das Demokratieprinzip und das Rechtsstaatsprinzip.



1. Garantie der Menschenwürde

Menschenfeindliche Einstellungen zeigen sich bei Linksextremist:innen in der **Herabwürdigung „politischer Gegner“** (insbesondere Rechtsextremist:innen) und **Repräsentant:innen des Staates**, die durch Stereotypisierung entmenschlicht werden, z. B. durch Parolen wie „All Cops Are Bastards“ (ACAB) oder „All Cops Are Targets“ (ACAT). Die Äußerungen dienen Linksextremist:innen als Legitimationsgrundlage für die Rechtfertigung der Anwendung körperlicher Gewalt oder „militanter Aktionen“. Polizeibeamt:innen schlägt dabei eine besonders starke Abneigung entgegen, da sie als Repräsentant:innen des von Linksextremist:innen verhassten kapitalistisch-autoritären und faschistischen Staatssystems gesehen werden.

2. Demokratieprinzip

Linksextremist:innen äußern **ihre Ablehnung der parlamentarischen Demokratie** häufig verkleinert, um sich strafrechtlich nicht angreifbar zu machen und für gemäßigte Teile der Bevölkerung anschlussfähig zu bleiben. Im Vordergrund steht dabei die Forderung nach der Abschaffung des Kapitalismus, da dieser grundsätzlich für die sozialen Missstände in der Gesellschaft sei. Die Kritik am Kapitalismus und die Forderung nach einer anderen Wirtschaftsform an sich ist legitim, problematisch hingegen ist die **Gleichsetzung des Wirtschaftssystems des Kapitalismus mit einem Herrschafts- bzw. Gesellschaftssystem**. Linksextremist:innen sehen im demokratischen Staat lediglich ein Mittel der Kapitalist:innen, ihre Herrschaft und Macht über die Bevölkerung durchzusetzen.

Je nach Ideologieausrichtung fordern Linksextremist:innen die **Ersetzung des demokratischen Staates** durch eine herrschaftsfreie, anarchistisch geprägte Ordnung oder eine sozialistisch-kommunistische Diktatur.